

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 95

FREITAG, DEN 4. DEZEMBER

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Freistellung der öffentlich geförderten Wohnungen in den Stadtteilen Mümmelmannsberg, Neuallermöhe-West und Steilshoop	2013	Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	2016
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans	2014	Öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Barmbek-Süd 37	2016
Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms	2015	Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Krümmelsdiek	2017
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	2015	Widmung von Wegeflächen – Glashütter Landstraße –	2017
Bekanntmachung der Aufwandsentschädigung für Erstmeldungen zu nicht-melanotischen Hautkrebsarten	2016	Widmung von Wegeflächen – Reetwischendamm – ..	2017

BEKANNTMACHUNGEN

Freistellung der öffentlich geförderten Wohnungen in den Stadtteilen Mümmelmannsberg, Neuallermöhe-West und Steilshoop

Die bestehenden Freistellungsregelungen für die Gebiete Neuallermöhe-West, Mümmelmannsberg und Steilshoop werden bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 verlängert.

Die Freistellung in den genannten Gebieten (siehe anliegendes Straßenverzeichnis) bezieht sich ausschließlich auf die einkommensbezogenen Voraussetzungen für den Bezug einer Sozialwohnung. Nicht erfasst werden von der Freistellung die im Aufteilungsbescheid festgelegten weitergehenden Belegungsbindungen.

Weiterhin gelten im Interesse einer familiengerechten Ausnutzung des öffentlich geförderten Wohnungsbestandes die belegungsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der angemessenen Wohnungsgröße; sie sind dementsprechend zu beachten.

Diese Freistellungsverfügung ersetzt die Freistellungsverfügung vom 15. Januar 2014.

Hamburg, den 30. November 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 2013

Anlage

Belegenheit

1. Bezirk Hamburg-Mitte

Siedlung: Mümmelmannsberg

Straße/Hausnummer

Am Mühlenbach 1–15, 2–22, 2 a, 19–27, 24–26

Bienenbusch 1–21

Edvard-Munch-Straße 1–23, 2–34, 35–39, 36–44

Feiningerstraße 10

Franz-Marc-Straße 1–27, 2–10, 12–26

Godenwind 27–33, 50–56, 58–64, 66–76

Große Holl 1–3, 2, 4–10, 5–39, 16–40, 41–47, 42–60, 56 a und b, 58 a und b, 60 a und b, 62–64, 66–70

Gustav-Klimt-Weg 1–3, 2–4

Havighorster Redder 30–36, 31–33, 35–37, 38–44, 39, 51

Heideblöck 1–25, 2–24

Hollkoppelweg 1–29, 2–22

Ittenstraße 1–23, 2–26

Kandinskyallee 20, 23, 23 d

Kleine Holl 1–23, 2–20

Kollwitzring 119–149

Lietbargredder 1–7, 2–16, 9–23

Max-Klinger-Straße 1–23, 2–26
 Max-Pechstein-Straße 1–11, 10–34, 13–35, 37–45
 Mondrianweg 1–5, 2
 Mümmelmannsberg 57–63, 60–62, 64–70, 72–78, 80–84
 Münterweg 1–23
 Oskar-Schlemmer-Straße 2–16, 6 a
 Paul-Klee-Straße 2–16
 Rahewinkel 4–10, 5, 11–37, 12–42, 39–65, 44–54
 Steinbeker Hauptstraße 180–196, 181–185, 187–205
 Strietkoppel 1–21, 2–28
 Wilhelm-Lehmbruck-Straße 1–17, 2–18

Belegenheit

2. Bezirk Wandsbek

Siedlung: Steilshoop

Straße/Hausnummer

Borcherring 1–23, 25–47, 44–60, 51–65, 54 a (li. + re.),
 56 a, 58 a, 66–92, 67–83
 César-Klein-Ring 18–40
 Edwin-Scharff-Ring 1–31, 2–26, 32–80, 33–39, 47–55,
 82–96
 Erich-Ziegel-Ring 1–19, 2–20, 21–61, 26, 28, 30–40 d,
 48–68, 63–77, 70–88
 Fehlinghöhe 1–21, 2–14
 Fritz-Flinte-Ring 1–17, 2–32, 19–41, 34–80, 65–95, 82–98
 Gropiusring 1–15, 2–10, 16, 17–39, 20–42, 44–54, 45–65,
 56–62, 67–79
 Gründungsstraße 32
 Schreyerring 1, 3, 5, 9, 27–35, 37–51

Belegenheit

3. Bezirk Bergedorf

Siedlung: Neuallermöhe-West

Straße/Hausnummer

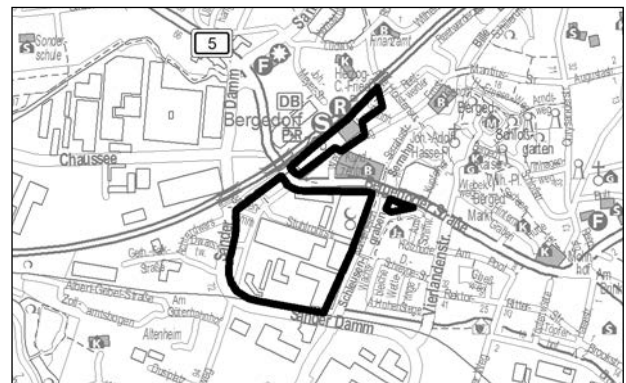
Adolf-Köster-Damm,
 Curt-Bär-Stieg,
 Catharina-Fellendorf-Straße,
 Ernst-Tichauer-Weg,
 Felix-Jud-Ring,
 Fleetplatz,
 Hainbuchenallee (früher: Eschenallee),
 Hans-Stoll-Straße,
 Herbert-Pardo-Weg,
 Karl-Rüther-Stieg,
 Käte-Latzke-Weg,
 Konrad-Veix-Stieg,
 Liesbeth-Rose-Stieg,
 Margarete-Mrosek-Bogen,
 Margit-Zinke-Straße,
 Marie-Henning-Weg,
 Michael-Pritzl-Weg,
 Otto-Grot-Straße,
 Paul-Bunge-Stieg,
 Sophie-Schoop-Weg,
 Stellbrinkweg,
 Von-Hacht-Weg,

Von-Haefen-Straße,
 Von-Halem-Straße,
 Von-Moltke-Bogen,
 Von-Scheliha-Straße,
 Walter-Becker-Straße,
 Walter-Rothenburg-Weg,
 Walter-Rudolphi-Weg,
 Wilhelmine-Hundert-Weg,
 Wilhelm-Osterhold-Stieg.

Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Mischnutzung an der Bergedorfer Straße in Bergedorf“ für den Geltungsbereich westlich des Schleusengrabens zwischen dem Bahnhof Bergedorf im Norden und der Straße Sander Damm im Süden und Westen im Stadtteil Bergedorf (F 01/10 – Bezirk Bergedorf, Ortsteil 602) und die Begründung in der Fassung vom September 2015 öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 01/10)



Mit der Änderung des Flächennutzungsplans werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung von „Gemischten Bauflächen“ geschaffen.

Im Wesentlichen werden bisherige „Gewerbliche Bauflächen“ künftig als „Gemischte Bauflächen, deren Charakter als Dienstleistungszentrum für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaft durch besondere Festsetzungen gesichert werden soll“ bzw. als „Gemischte Bauflächen“ dargestellt. In diese „Gemischten Bauflächen“ werden in geringem Umfang auch bisherige „Flächen für Bahnanlagen“ und „Grünflächen“ einbezogen.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von insgesamt etwa 10,7 ha.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 14. Dezember 2015 bis zum 21. Januar 2016 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Bergedorf, Wentorfer Straße 38 a, II. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Stadt- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans ohne umweltbezogene Informationen kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Neuenfelder Straße 19, Erdgeschoss, Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 21. September 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 2014

Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms

Der auf Grund von § 4 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG) vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), erstellte Entwurf einer Änderung des Landschaftsprogramms (Änderungsverfahren L 01/10) „Mischnutzung an der Bergedorfer Straße in Bergedorf“ im Geltungsbereich westlich des Schleusengrabens zwischen dem Bahnhof Bergedorf im Norden und der Straße Sander Damm im Süden und Westen im Stadtteil Bergedorf (L 01/10 – Bezirk Bergedorf, Ortsteil 602) wird mit Beschluss, Erläuterungsbericht und Karten nach § 5 Absatz 2 HmbBNatSchAG in der Zeit vom 14. Dezember 2015 bis zum 21. Januar 2016 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Bergedorf, Wentorfer Straße 38a, II. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplans F 01/10 in diesem Bereich sowie zum Bebauungsplan Bergedorf 112 (Bezirksplan) soll ein Änderungsverfahren für das Plangebiet durchgeführt werden.

Im Landschaftsprogramm wird unter Beachtung des zu ändernden Flächennutzungsplans auf Grund der städtebaulichen neuen Zielsetzung für die Flächen südlich des Bergedorfer Zentrums zukünftig das Milieu „Verdichteter Stadtraum“ dargestellt. Auch für die bisherigen Gewerbeflächen soll im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Bereiches am Schleusengraben eine Mischnutzung in Form von Einzelhandel, Dienstleistung und Wohnen ermöglicht werden.

Mit dem Neubau des ZOBS am Bahnhof sind die Flächen bereits neu strukturiert worden, so dass bisherige Bahnhofflächen (Milieu „Gleisanlagen, oberirdisch“) nicht mehr benötigt werden, hier werden das angrenzende Milieu „Verdichteter Stadtraum“ dargestellt.

Eine östlich des Schleusengrabens nördlich der Bahnleiße parallel zum Sander Damm dargestellte Grünfläche wird bestandsgemäß in eine Wohnbaufläche geändert.

Die Änderung des Landschaftsprogramms umfasst eine Fläche von 6,67 ha.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Landschaftsprogramms bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Landschaftsprogramm unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Landschaftsprogramms kann in der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie, Neuenfelder Straße 19, Erdgeschoss, Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 18. September 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2015

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die HC 34 GmbH & Co. KG hat bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Wasserwirtschaft (Wasserbehörde), eine Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) für das Entnehmen von Grundwasser auf dem Grundstück Singapurstraße 2-6 beantragt. Zur Herstellung der beiden Untergeschosse des Neubaus eines aus Hotel mit Kino und Wohnbebauung bestehenden Gebäudekomplexes im Trockenen ist es erforderlich, innerhalb der Baugrube anstehendes Grundwasser mit Hilfe von Schwerkraftbrunnen und vakuumbeaufschlagten, horizontal eingefrästen Drainagesträngen für eine Dauer von maximal sechs Monaten zutage zu fördern. Es wird von einer insgesamt zu fördernden Grundwassermenge > 100 000 m³ ausgegangen.

Die Grundwasserentnahme stellt ein Vorhaben nach Nummer 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 1.3.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG sowie den in Anlage 2 des HmbUVPG formulierten Kriterien wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen.

Von dem Vorhaben gehen nach Einschätzung der zuständigen Wasserbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen aus.

Die Begründung ist bei der Wasserbehörde nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 26. November 2015

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 2015

Bekanntmachung der Aufwandsentschädigung für Erstmeldungen zu nicht-melanotischen Hautkrebsarten

Vom 19. November 2015

Gemäß § 4 Absatz 2 der Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen durch das Hamburgische Krebsregister (Hamburgische Krebsregisterabrechnungsverordnung – HmbKrebsRAbrVO; veröffentlicht im HmbGVBl. 2015 S. 27) erhalten meldende Institutionen bzw. Ärztinnen und Ärzte für Erstmeldungen zu nicht-melanotischen Hautkrebsarten eine Aufwandsentschädigung aus Haushaltsmitteln der zuständigen Behörde. Die Höhe dieser Aufwandsentschädigung beträgt 4,00 Euro. § 4 tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Hamburg, den 19. November 2015

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Amtl. Anz. S. 2016

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hochbahn AG hat beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für die Herstellung eines Verbindungsbauwerks in Form einer Fußgängerbrücke zwischen der U-Bahn-Haltestelle Elbbrücken und der geplanten S-Bahn-Haltestelle Elbbrücken eine Plangenehmigung gemäß § 28 Absatz 1 a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beantragt. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 2016

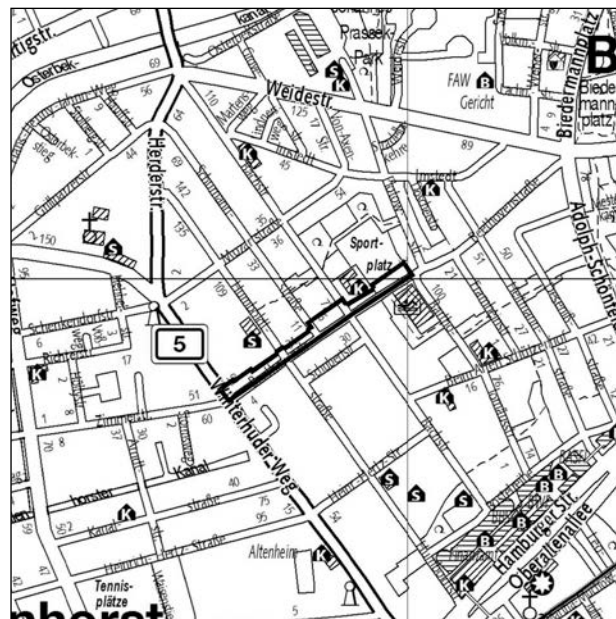
Öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Barmbek-Süd 37

Das Bezirksamt Hamburg-Nord hat beschlossen, folgenden Bauleitplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1494), für die Dauer eines Monats erneut öffentlich auszulegen.

Das Bebauungsplanverfahren wurde durch den Aufstellungsbeschluss N 2/15 eingeleitet.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 37

Gebietsgrenzen: Winterhuder Weg – Nord- und Ostgrenzen der Flurstücke 1069 und 301 (Beethovenstraße), über das Flurstück 1577 (Humboldtstraße), Nordgrenze des Flurstücks 301, über das Flurstück 1575 (Schumannstraße), Nordgrenze der Flurstücke 1471 und 902 der Gemarkung Uhlenhorst – über das Flurstück 749 (Bachstraße), Nordgrenze des Flurstücks 5009 (Beethovenstraße), Westgrenze des Flurstücks 3284, über das Flurstück 3284, Ostgrenze des Flurstücks 3284 der Gemarkung Barmbek – Beethovenstraße – über das Flurstück 749 (Bachstraße) der Gemarkung Barmbek – Beethovenstraße (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteile 418, 419).



Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37 sollen die Voraussetzungen für eine städtebauliche Entwicklung und Neuordnung auf nicht mehr benötigten Verkehrsflächen entlang der Beethovenstraße geschaffen werden. Im Rahmen eines vom Immobilienmanagement der Finanzbehörde 2012 durchgeführten Ideenträgerwettbewerbs wurde die nördliche Teilfläche des Straßenflurstücks der Beethovenstraße für eine Bebauung mit einer mehrgeschossigen Wohnbebauung vorgeschlagen.

Ziel der Planung ist die Ermöglichung einer Nachverdichtung für in Hamburg dringend benötigten Wohnraum.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 37 soll Baurecht für Wohngebäude mit ergänzten Nutzungen (z. B. Kindertagesstätte) in der Erdgeschosszone geschaffen werden. Insgesamt sind etwa 150 Wohneinheiten geplant, von denen 50 % im öffentlich geförderten Wohnungsbau errichtet werden sollen.

Die Flurstücke 1069 und 1070 Ecke Winterhuder Weg/Beethovenstraße werden gemäß § 12 Absatz 4 BauGB arrondierend in den Geltungsbereich des Bebauungsplans einbezogen.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Der Bebauungsplan-Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlicher Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 14. Dezember 2015 bis einschließlich 15. Januar 2016 an den Werktagen (nur montags bis freitags, nicht

jedoch am 24. Dezember 2015 und 31. Dezember 2015) öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung findet montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Technisches Rathaus, Kummellstraße 6, VI. Obergeschoss, 20249 Hamburg, statt.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter Telefonnummer 040/42804-6021 oder -6020.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bauleitplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben. Zudem ist ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vom 2. November 2015 bis zum 30. November 2015 schriftlich oder zur Niederschrift vorgebrachten Einwendungen zum Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 37 finden Berücksichtigung und müssen nicht erneut im Rahmen der vom 14. Dezember 2015 bis zum 15. Januar 2016 durchgeführten öffentlichen Auslegung erhoben werden.

Hamburg, den 2. Dezember 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 2016

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Krümmelsdiek –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Ohlstedt, Ortsteil 523, belegene öffentliche Wegefläche Krümmelsdiek (Flurstück 181 teilweise) auf einer Länge von etwa 250 m für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan (rot markierter Bereich), der Bestandteil der Entwidmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 18. November 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2017

Widmung von Wegeflächen – Glashütter Landstraße –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Hummelsbüttel, Ortsteil 520, belegenen Verbreiterungsflächen Glashütter Landstraße (Flurstücke 4883 [160 m²], 4884 [996 m²], 4889 [2171 m²], 4893 [2200 m²], 4897 [787 m²], 4907 [810 m²], 4909 [793 m²], 4911 [2276 m²], 4912 [99 m²], 4940 [5212 m²], 4942 [744 m²], 4944 [704 m²], 4946 [714 m²], 4948 [2071 m²], 4950 [2054 m²], 4961 [1021 m²], 5029 [1360 m²] und 5031 [1374 m²], vom Högenbarg bis ausschließlich Grundstücksgrenze Hausnummer 209 verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteil dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 19. November 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2017

Widmung von Wegeflächen – Reetwischendamm –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Oldenfelde, Ortsteil 526, belegene Wegefläche Reetwischendamm (Flurstück 2133 teilweise), von Eichberg bis Boltwischen verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 23. November 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2017

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Herr Weimann
 Telefon: +49/(0)40/4 28 42 - 218
 Telefax: +49/(0)40/4 27 92 - 12 00
 E-Mail:
 PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 4121 G 1302
 Umb. Hs 1 Südflügel Mitte, Kreuzbau, Interim
 15 E 0304
 Einbaumöbel Metall, Reinraummöbel,
 Südflügel Mitte
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Lieferung und Einbau von Reinraummöbeln aus Edelstahl, sowie Ausgussanlagen und Zubehör.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 45.21.51.40
 Ergänzende Gegenstände: 45.42.11.40
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Schrankanlagen in Chromnickelstahl 17/12 in H1-Ausführung, 14 Stück GMP gerechte Schrankanlagen, 3 Ausgussanlagen, 2 Desinfektionsmittel-zumischgeräte, 4 Reinigungspistolen (Wasser/Druckluft) und 1 Stück Labor-Kühlschrank als Einbaugerät.
- II.2.2) Optionen: –
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
 Beginn: 4. April 2016, Ende: 16. Januar 2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (Gesamt-schuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge : –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
Vergabe Nr. 15 E 0304
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
15 E 0304
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
14. Dezember 2015, 24.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 8,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Verwendungszweck:
Vergabe 15 E 0304
Kontonummer: 1027 210 333, BLZ, 200 505 50
IBAN: DE22 2005 0550 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
28. Januar 2016, 10.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 15. März 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
28. Januar 2016, 10.00 Uhr
Ort: Anschrift siehe Nr. I.1
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** –
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** –
- VI.3) **Sonstige Informationen**
Tag der Absendung der Verdingungsunterlagen an die Käufer der Unterlagen: 18. Dezember 2015
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: –
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27. November 2015

Hamburg, den 27. November 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

975

**Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40, Christine Nehls
Telefon: 040/4 28 23 - 63 04, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage für Stundenlohnarbeiten verschiedener Tätigkeits- bzw. Lohngruppen ohne Mengenangaben (Menge 1) durchgeführt. Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet der öffentliche Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter a) angegebenen Stelle abzufordern. In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach

Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus den angebotenen Stundenlohnsätzen der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, wird von der vergebenden Stelle ein Angemessenheitsbereich festgelegt, innerhalb dessen Unternehmen jeweils mit ihren Stundensätzen beauftragt werden können. Angebote von Bieterinnen und Bieter mit überwiegend unangemessenen hohen oder niedrigen Stundenlohnsätzen sind dabei nicht zu berücksichtigen.

Die mit ihren Sätzen überwiegend innerhalb des Angemessenheitsbereiches liegenden Unternehmen werden benachrichtigt, dass sie in eine Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen werden. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen. SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg sowie die Finanzbehörde rufen gemeinsam aus der gleichen Liste ab. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe oder ein bestimmtes Auftragsvolumen kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg die in der Bewirtschaffung von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH stehen, sowie die Dienstgebäude der Finanzbehörde (ohne Finanzämter).

f) Vergabenummer: **SBH ÖT 016/2015 G**

Der Rahmenvertrag STUNDENLOHNARBEITEN SCHLOSSER beinhaltet Verrechnungssätze (Euro/Stunde), in denen unaufgegliedert Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Sozialkassenbeiträge, Gemeinkostenanteile und Wagnis und Gewinn enthalten sind. Tarifliche Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten sind in die Verrechnungssätze nicht einzubeziehen, sondern gesondert anzugeben, ebenso Materialzuschläge und die Anfahrtspauschale. Auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Tariftreue gemäß dem Hamburgischen Vergabegesetz wird hingewiesen.

Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung wie Reparaturleistungen, Havariebesichtigungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang. Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von max. 5.000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 25 Firmen) auf 1.385.000,- Euro/Jahr netto geschätzt.

- g) Entfällt
h) Entfällt
i) Beginn: 1. April 2016
Ende: 31. März 2017 mit der Option auf Verlängerung
j) Entfällt
k) Entfällt

- l) Entfällt
m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 18. Dezember 2015 um 12.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)
n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Mitte Januar 2016 an die qualifizierten Firmen verschickt.
Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Ende Februar 2016 stattfinden.
o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe U 42,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: –
Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.
r) Entfällt
s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges,

der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS:

Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Alternativ können Sie unter Angabe Ihrer E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Telefax abfordern:

Telefax: 040/427 31 - 01 43

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. März 2016
- w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/427 31 - 01 37

Hamburg, den 27. November 2015

Die Finanzbehörde

976

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Timo Gerke

Telefon: +49/040/4 28 23 - 63 35

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Gesamtschule Hoheluft – 2. Bauabschnitt, Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg hier: Starkstrom; Metallbau/Innentüren; Dachabdichtung; Innenputz.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Grundschule Hoheluft in Hamburg im Stadtteil Eimsbüttel, Wrangelstraße 80 erhält einen Neubau in zwei Bauabschnitten (BA). Der 1. BA wurde Anfang 2015 in Betrieb genommen. Der jetzt herzustellende 2. BA ist ein Anbau an die Brandwand des 1. BA im hinteren Grundstücksteil.

Für den zweiten Bauabschnitt wird zunächst ein dreigeschossiges Schulgebäude abgebrochen. Die Zufahrt zum Baufeld erfolgt über die Wrangelstraße und die bereits hergestellte Baustellenzufahrt. Der dreigeschossige Neubau wird als Massivbau in Stahlbeton, teilweise in Fertigteilbauweise hergestellt. Er übernimmt die wesentlichen baulichen Merkmale des 1. BA und erhält eine Fassade aus Verblendmauerwerk und ein Flachdach mit außenliegender Entwässerung. Alle wesentlichen Technikzentralen wurden bereits mit dem 1. BA hergestellt. Lediglich eine Brandmeldeanlage kommt neu hinzu. Es werden allgemeine Unterrichtsräume, eine Aula (Versammlungsstätte) und ein Bereich mit Lehrer- und Verwaltungsräumen auf einer BGF von insgesamt ca. 2 650 m² hergestellt.

Hier:

- Los 1: Starkstromanlagen
- Los 2: Metallbauarbeiten/Innentüren
- Los 3: Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten
- Los 4: Innenputz

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Gesamtauftragswert für alle Lose wird auf 432.000,- Euro inkl. Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 432.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 001-16 TG
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja
Vorinformation
2015/S 202-365110 vom 17. Oktober 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Januar 2016, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25200000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 001-16 TG
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig

ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
14. Januar 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Monate ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 14. Januar 2016, 10.00 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller

den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
20. November 2015

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Gesamtschule Hoheluft – 2. Bauabschnitt, Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg, hier: Starkstrom; Metallbau/Innentüren; Dachabdichtung; Innenputz

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Starkstromanlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 76 Stück Rettungswege-/Sicherheitsleuchten, ca. 5 Stück Unterverteilungen, ca. 22 500 m Elektroleitungen, Anbau von ca. 374 Stück beigestellten Leuchten, ca. 236 Stück Installationsgeräte (Schalter, Steckdosen etc.), ca. 245 m Kabeltrasse, ca. 215 m Brüstungskanal, Blitzschutzanlage mit ca. 200 m Fundamenterder, ca. 150 m Ableitung, ca. 350 m Fanganlage.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45311200
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 116.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: April 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 10.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Metallbauarbeiten/Innentüren

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 7 Stahlrahmentüren mit Glasfüllung, Oberlicht, Seitenlicht mit Brandschutzanforderung, 2 Festverglasungen mit Brandschutzanforderung.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 44221220

3) **Menge oder Umfang:**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 81.000,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: März 2017 bis Mai 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 10.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** 810 m² Bitumendach mit Kiesschüttung (Gefälledämmung), 125 m Regenrinne, Fallrohre.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45261410
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 122.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2016 bis Februar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 11.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Innenputz

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 2 630 m² Wandputz.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45410000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 113.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Januar 2017 bis März 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 11.30 Uhr in Raum 005.

Hamburg, den 20. November 2015

Die Finanzbehörde

977

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Laura Gerlitz

Telefon: +49/040/42823-6328

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
 Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen
 Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)
 verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
 schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrag-
 geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTANDII.1) **Beschreibung**II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:**

Neubau eines dreigeschossigen Schulgebäudes
 für die Grundschule Richardstraße mit Anbau
 einer eingeschossigen Mensa – Baustellenein-
 richtung und Erdarbeiten.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung
 oder Dienstleistungserbringung:

Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:**

Die Baumaßnahme umfasst einen dreigeschossi-
 gen Neubau mit insgesamt 19 Klassen- und Fach-

klassenräumen zzgl. Nebenräumen um ein drei-
 geschossiges Atrium. Die BGF des Gebäudes
 beträgt ca. 4200 m². Die Baustelle wird auf 3 Sei-
 ten eng begrenzt durch eine unmittelbar angren-
 zende bestehende Grundschule und Privatgrund-
 stücke mit geschütztem Baubestand auf der
 Grundstücksgrenze. Auf der 3. Seite entsteht
 zeitgleich der private Neubau einer Kita, die
 unmittelbar an den eingeschossigen Mensabau-
 teil angrenzt. Die Baustelle ist über die Straße
 Blumenau unabhängig vom angrenzenden Schul-
 betrieb anfahrbar. Eingeschränkte Lagerflächen
 befinden sich auf dem Grundstück. Beginn und
 Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraus-
 sichtlich Februar 2015 bis Juni 2017.

Hier:

Los 1: Baustelleneinrichtung

Los 2: Erdarbeiten

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)**

Hauptgegenstand: 45214210

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja**II.1.8) **Lose:**

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:
 zutreffend)**

Der Gesamtauftragwert für alle Lose wird auf
 494.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne
 Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 494.000,- Euro

II.2.2) **Angaben zu Optionen: Nein**II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung: –****ABSCHNITT III: RECHTLICHE,
 WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE
 UND TECHNISCHE ANGABEN**III.1) **Bedingungen für den Auftrag**III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –**III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften: –**III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedin-
 gungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind
 zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bieterge-
 meinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem
 Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und
 mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausge-
 stattet wird.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014).
 - gültige Freistellungsbescheinigung
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 3 Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
- Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 04-16 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja
Bekanntmachungsnummer im ABI: 2015/S 147-269660 vom 1. August 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 11. Januar 2016, 11.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro pro Los
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 04-16 G
Bitte beachten:
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 12. Januar 2016, 10.10 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: Tag: 12. Januar 2016, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:**
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27. November 2015

Hamburg, den 27. November 2015

Die Finanzbehörde

978

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg, U 40, Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Ines Ebenhöf
Telefon: +49/040/4 28 23 - 63 33
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Gesamtschule Hoheluft – 2. Bauabschnitt, Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg hier: Fenster & PR-Fassade; Trockenbau/Innentüren; Verblend; Gerüst; Beton & Stahl.
- II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**
Bauauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg
NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Grundschule Hoheluft in Hamburg im Stadtteil Eimsbüttel, Wrangelstraße 80 erhält einen Neubau in zwei Bauabschnitten (BA). Der 1. BA wurde Anfang 2015 in Betrieb genommen. Der jetzt herzustellende 2. BA ist ein Anbau an die Brandwand des 1. BA im hinteren Grundstücksteil.

Für den zweiten Bauabschnitt wird zunächst ein dreigeschossiges Schulgebäude abgebrochen. Die Zufahrt zum Baufeld erfolgt über die Wrangelstraße und die bereits hergestellte Baustellenzufahrt. Der dreigeschossige Neubau wird als Massivbau in Stahlbeton, teilweise in Fertigteilbauweise hergestellt. Er übernimmt die wesentlichen baulichen Merkmale des 1. BA und erhält eine Fassade aus Verblendmauerwerk und ein Flachdach mit außenliegender Entwässerung. Alle wesentlichen Technikzentralen wurden bereits mit dem 1. BA hergestellt. Lediglich eine Brandmeldeanlage kommt neu hinzu. Es werden allgemeine Unterrichtsräume, eine Aula (Versammlungsstätte) und ein Bereich mit Lehrer- und Verwaltungsräumen auf einer BGF von insgesamt ca. 2 650 m² hergestellt.

Hier:

- Los 1: Fenster und PR Fassade
- Los 2: Trockenbauarbeiten/Innentüren
- Los 3: Verblendarbeiten
- Los 4: Gerüstarbeiten
- Los 5: Beton- und Stahlbetonarbeiten

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Gesamtauftragswert für alle Lose wird auf 1.868.000,- Euro inkl. Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.868.000,- Euro

- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate)

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2012, 2013 und 2014,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 002-16 E
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja
Vorinformation
2015/S 202-365110 vom 17. Oktober 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Januar 2016, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 2520000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 002-16 E
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig

ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
14. Januar 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Monate ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 14. Januar 2016, 10.00 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: –

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller

den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. November 2015

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Gesamtschule Hoheluft – 2. Bauabschnitt, Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg, hier: Fenster & PR-Fassade; Trockenbau/Innentüren; Verblend; Gerüst; Beton & Stahl.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Holz-Aluminium-Fenster und -Fassaden

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 420 m² Holz-Alu-Fenster, ca. 90 m² Holz-Alu-PR-Fassade.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 44221100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 320.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: August 2016 bis April 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 10.00 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** GK-Wände ca. 780 m², GK-Decken ca. 1 960 m², ca. 55 Holztüren melaminharzbeschichtet mit Stahlzargen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262800
Ergänzende Gegenstände: 45421131, 45421146
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 254.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: November 2016 bis März 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 10.30 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Verblendarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 1 100 m² kerngedämmtes Verblendmauerwerk Randers Tegl.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262521
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 227.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: August 2016 bis Januar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 11.00 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Gerüstarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Ca. 1 900 m² Außengerüst, Lastklasse 4, Vorhaltezeit ca. 26 Wochen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 65.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mai 2016 bis Januar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 11.30 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 5

Bezeichnung: Beton- und Stahlbetonarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** 520 m³ StB-Wände, 400 m³ StB-Decken, 830 m² Pi-Fertigteildecke.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45223500
Ergänzende Gegenstände: 45262300, 45262310
- 3) **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 1.002.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: März 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2016 um 13.30 Uhr in Raum 006.

Hamburg, den 23. November 2015

Die Finanzbehörde

Öffentliche Ausschreibung (national)

- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Klosterwall 8, 20095 Hamburg
Telefon: 040/4 28 54-34 30, Telefax: 040/4 27 90-15 39,
E-Mail: dezernat4@hamburg-mitte.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Fahrbahnmarkierungen
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **M/MRS-01/2015**

Markierungsarbeiten für das gesamte Hamburger Stadtgebiet (öffentliche Straßen und Plätze ohne Bundesautobahn).

Zur Ausführung kommen folgende Leistungen bzw. Markierungsarten: Vorarbeiten, Dünnschichtmarkierungen, Dickschichtmarkierungen, Vorübergehende Markierungen aus gelber Farbe, Dauermarkierung aus Folie Typ II auf Bitumenunterlage, Markierungsknöpfe.

- g) Die Markierungen sind Verkehrszeichen
- h) Nein
- i) Beginn: Die verschiedenen Straßen und Plätze werden dem Auftragnehmer von der örtlichen Bauaufsicht der auftraggebenden Dienststelle bekanntgegeben, wobei angestrebt wird die Markierungsarbeiten im räumlichen Zusammenhang ausführen zu lassen.
Ende: –
- j) Nein
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 7. Dezember bis 21. Dezember 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr.
Anschrift siehe Buchstabe a).
Ausschreibungsstelle, 8.Stock, Raum 823.
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: Kasse.Hamburg
IBAN: DE81 2000 0000 0020 0015 81
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: M/D4G – M/MR5-01/2015
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), Ausschreibungsstelle, unter Angabe der Vergabenummer schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 22. Dezember 2015 um 10.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Ausschreibungsstelle, VIII. Stock, Raum 823,
Klosterwall 8, 20095 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 22. Dezember 2015 um 10.30 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o), Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Abs. 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 21. Januar 2016.
- w) Beschwerdestelle: Bezirksamt Hamburg-Mitte
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Dezernent,
Klosterwall 8, 20095 Hamburg

Hamburg, den 27. November 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

980

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung in der Feuerwehreinsatzzentrale**, Wendenstraße 251, 20537 Hamburg, für die Zeit ab 1. Juli 2016 unter der Projektnummer **2015000126** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 14. Januar 2016, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 30. Juni 2016

Ausführungsfrist: 1. Juli 2016 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:

<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2015000126 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden.

Diese Möglichkeit besteht nicht bei Ausschreibungen für Glas- und Gebäudereinigungsleistungen.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gem. § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 30. November 2015

Die Finanzbehörde

981

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

802 K 58/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Am Dornberg 43, 45, 47, 49, 51, Tegelweg belegene, im Grundbuch von Farmsen Blatt 6752 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 348/10000 Miteigentumsanteilen an dem 3690 m² großen Grundstück (Flurstück 4457), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan jeweils bezeichnet mit Nummer 12, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich bei dem Sondereigentum um eine vermietete 2-Zimmer-Wohnung mit einer Wohnfläche von etwa 75 m² inkl. Balkon, welche sich im Dachgeschoss links und Galeriefläche des Mehrfamilienhauses Am Dornberg 45 befindet. Der Wohnung ist das Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Stellplatz Nummer St.5 zugeordnet. Die Bewertung der Wohnung erfolgte ohne Innenbesichtigung.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 160 000,- Euro (80 000,- Euro je 1/2 Miteigentumsanteil).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 7. April 2016, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. März 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Verstei-

gerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

982

802 K 16/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Bestandsverzeichnis des Erbbaugrundbuches von Bramfeld Blatt 6910 unter laufender Nummer 1 eingetragene Erbbaurecht, durch das Gericht versteigert werden.

Das zu versteigernde Erbbaurecht ist wiederum eingetragen an dem unter Nummer 1 des Bestandsverzeichnis des in Hamburg, Habichtshofring 66 belegenen, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 6909 eingetragenen 486 m² großen Grundstück (Flurstück 4188) in Abteilung II unter laufender Nummer 1 für die Zeit vom 1. Januar 1958 bis zum 31. Dezember 2056. Gegenstand des Erbbaurechtes ist ein eingeschossiges, teilunterkellertes Siedlungshaus, Baujahr etwa 1957 mit rund 114 m² Wohnfläche. Modernisiert sowie Erdgeschoss-Anbau in 2012/2013. Restarbeiten der Modernisierung/Instandsetzung sind noch durchzuführen. Das Objekt wird von den Erbbauberechtigten bewohnt. Der laufende Erbbauzins soll aktuell jährlich 87,86 Euro betragen. Eine Zuschlagserteilung ist gemäß §§ 5,8 ErbbauRG nur zulässig, wenn die Erbbaurechtsausgeberin dieser zustimmt. Die Zustimmungserklärung ist vom Meistbietenden auf eigene Kosten beizubringen. Hierzu wird vom Gericht in der Regel 14 Tage nach der Versteigerung ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung über den Zuschlag abgehalten, in welchem der Meistbietende spätestens diese Zustimmungserklärung vorzulegen hat bzw. die Erbbaurechtsausgeberin diese zu Protokoll des Gerichts abgeben könnte. Erbbaurechtsausgeberin ist die Freie und Hansestadt Hamburg.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 245 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 12. Mai 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. April 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Erbbaurechts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

983

802 K 64/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Lottbekkoppeln 19, 19a belegene, im Grundbuch von Bergstedt Blatt 1524 eingetragene 1506 m² große Grundstück (Flurstück 1548), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Teilkeller, Baujahr etwa 1961 und hat eine Wohnfläche von etwa 215 m², die Nutzfläche im Keller beträgt etwa 110 m². Vorhanden ist weiterhin eine große Garage für zwei Kraftfahrzeuge. Das Haus war zum Zeitpunkt der Begutachtung (10. Juli 2013) überwiegend vermietet, das Gutachten wurde jedoch ohne Innenbesichtigung erstellt. Es ist Zwangsverwaltung angeordnet.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 524 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 19. Mai 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Oktober 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläu-

biger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

984

Zwangsversteigerung

902 K 2/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Grasweg 11, Ulmenstraße 2 belegene, im Grundbuch von Winterhude Blatt 12331 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 561/10000 Miteigentumsanteil an dem 293 m² großen Grundstück (Flurstück 1856), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im IV. Obergeschoss und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 13, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2-Zimmer-Wohnung befindet sich im IV. Obergeschoss Mitte eines voll unterkellerten, fünfgeschossigen Mehrfamilienwohnhauses mit ausgebautem Dachgeschoss mit insgesamt 15 Wohnungen und 2 Läden im Erdgeschoss, postalische Anschrift: Ulmenstraße 2. Grundbaujahr als Mehrfamilienwohnhaus 1912, Wiederaufbau nach Kriegsende 1950/1951, Dachgeschossausbau zu Wohnungen Anfang 2000. Die Wohnung wird anscheinend selbst genutzt und hat eine Wohnfläche von etwa 52,25 m². Dem Gutachter wurde eine Innenbesichtigung nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 207 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 11. Februar 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.44, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet sowie

kostenpflichtiger Gutachtendownload unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Mai 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

985

Zwangsversteigerung

323 K 1/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Bernstorffstraße 89 belegene, im Grundbuch von Altona-Nord Blatt 3841 eingetragene 118 m² große Grundstück (Flurstück 897), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das Grundstück ist mit einem teilunterkellerten Mehrfamilienhaus mit unterlagerten Gewerbeeinheiten bebaut. Die beiden Gewerbeeinheiten befinden sich im Erdgeschoss; die Gewerbe-/Nutzfläche beträgt insgesamt 103,7 m². Die Einheiten verfügen über separate Eingänge und werden als stilles, handwerkliches Gewerbe einschließlich Verkauf und als Küchenvermietung genutzt. Zu den Gewerbeeinheiten gehören Wirtschafts- und Nutzräume im Kellergeschoss. Dort befinden sich auch die Sanitärräume. Im I. Obergeschoss befindet sich eine 3-Zimmer-Wohnung (mit Flur, Bad, Küche und Balkon) mit einer Wohnfläche von 68,65 m². Die Wohnung im II. Obergeschoss und im ausgebauten Dachgeschoss verfügt über eine Wohnfläche von 138,8 m². Die Wohnfläche verteilt sich auf 6 Zimmer, Küche, Flur, Bad, WC-Raum. Die Wohnung hat in jedem Geschoss einen Balkon. Die Gewerbeeinheiten und die

Wohnung im I. Obergeschoss sind vermietet, im Übrigen besteht Eigennutzung. Das Gebäude wurde etwa 1860 erbaut. Im Jahre 2002 erfolgte eine umfangreiche Modernisierung des Gebäudes. Wärme- und Warmwasserversorgung erfolgt über eine Erdgaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 786 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. Februar 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Januar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

986

Zwangsversteigerung

541 K 2/15 und 541 K 3/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22609 Hamburg, Christian-F.-Hansen-Straße 14 belegene, im Grundbuch von Nienstedten Blatt 2157 und Nienstedten Blatt 2166 eingetragene Wohnungs- und Teileigentum, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Es handelt sich um 1. eine etwa 145,6 m²

große 3-Zimmer-Wohnung mit Küche, Vollbad, Duschbad und Balkon nebst Kellerraum. Heizung und Warmwasserversorgung über Gaszentralheizung. Baujahr etwa 1973 (Nienstedten Blatt 2157). 2. einen Miteigentumsanteil an einer Tiefgarage (Nienstedten Blatt 2166).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist jeweils am 19. Februar 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswerte gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: Für das Wohnungseigentum 700 000,- Euro, für das Teileigentum 25 000,- Euro.

Das über den Verkehrswert des Wohnungs- und Teileigentums eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 14 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 5. Februar 2016, 9.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**
Abteilung 541

987

Zwangsversteigerung

616 K 55/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das nördlich Beerenaltrift 92a, 21077 Hamburg belegene, im Grundbuch von Eißendorf Blatt 4203 eingetragene 1082 m² große Grundstück (Flurstück 4167), durch das Gericht versteigert werden.

Unbebautes Grundstück in Pfeifenstilform. Derzeit Wald. Belastung mit

einem Wegerecht zugunsten des Flurstücks 2887. Die Verwaltung erfolgt durch den Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 220 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 19. Januar 2016, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal B.04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer B1.01, Telefon: 040/42871-2406, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. Dezember 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Dezember 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

988

Beschluss

420 UR II 1/15. In dem Verfahren für **Ilse Antonia Hermel**, geboren am 19. August 1937, verstorben am 3. Oktober 2013, zuletzt wohnhaft 21029 Hamburg – Antragstellerin – beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf am 23. November 2015:

Folgenden Nachlassgläubigern werden die angemeldeten Forderungen gegen den Nachlass der am 3. Oktober 2013 verstorbenen Ilse Antonia Hermel, geborene Weinreich, vorbehalten:

1. Fesch und Pfundig Mode Lackermeyer eK., Schellenbrückplatz 2, 84307 Eggenfelden, vertreten durch

den Rechtsanwalt Robert Seethaler, Altstadt 334, 84028 Landshut, Rechnungen vom 25. Mai 2013 und 29. Mai 2013 nebst Kosten in Höhe von 357,18 Euro.

2. Marlies Somma, Schönebergerstraße 118, 22149 Hamburg, Bestattungskosten gem. Rechnung vom 4. Dezember 2013 und Darlehen gem. Schuldschein vom 6. Mai 2009 in Höhe von insgesamt 7994,- Euro.
3. Hermann Harden GmbH, Neuenhammer Hausdeich 52, 21039 Hamburg, Reparaturleistungen gem. Rechnung vom 29. Mai 2013 in Höhe von 84,01 Euro.
4. „Real“ Inkasso GmbH & Co. Kellergeschoss, Normannenweg 32, 20537 Hamburg, vertreten durch Rechtsanwalt Füllborn – Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Normannenweg 30, 20537 Hamburg, Vollstreckungsbescheid vom 18. Oktober 2013 in Höhe von 143,77 Euro.
5. Sirius Inkasso GmbH, Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf, vertreten durch Rechtsanwälte Wagner-Pauls-Kalb, Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf, aus Warenlieferung, Vollstreckungsbescheid vom 26. September 2013 in Höhe von 188,- Euro.
6. Hamburger Feuerkasse Versicherung AG, Kleine Burstah 6-10, 20457 Hamburg, vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Kirsten Soyke, Neuer Jungfernstieg 5, 20354 Hamburg, anteilige Versicherungsprämie nebst Zinsen und Kosten in Höhe von 154,18 Euro.
7. Gert Bestier GmbH, Ochsenwerder Landscheideweg 198a, 21037 Hamburg, Lohnkosten etc. in Höhe von 686,19 Euro.
8. TARGOBANK AG & Co. KGaA, Harry-Epstein-Platz 5, 47051 Duisburg, Forderung aus Kredit in Höhe von 11.129,07 Euro nebst Zinsen und Kosten.
9. Dirk Jacobs, Randersweide 17, 21035 Hamburg, Warenlieferung und Rechnung vom 12. Oktober 2013 in Höhe von 1700,- Euro.
10. St. Georg Apotheke, Kohlschuetter Straße 9, 06114 Halle, vertreten durch Bürgel Wirtschaftsinformationen, Gasstraße 18, 22761 Hamburg, Warenlieferung gem. Rechnung Nummer 68617-54332 vom 19. September 2013 in Höhe von 86,20 Euro.

1) Die Gläubiger, die ihre Forderungen gegen den Nachlass der Erblasserin Ilse Antonia Hermel, letzter Wohnsitz: Klaus-Schaumann-Straße 47, 21035 Hamburg, in dem Aufgebotsverfahren vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Aktenzeichen 420 UR II 1/15,

nicht wirksam angemeldet haben, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; ihr Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unbe-

rührt. 2) Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin. 3) Der Verfahrenswert wird auf 4100,- Euro festgesetzt. 4) Der Beschluss ist mit Rechtskraft wirksam.

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde zulässig. Die Beschwerde ist schriftlich oder zur Niederschrift der

Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, innerhalb von einem Monat nach Zustellung einzulegen. Die Beschwerde soll begründet werden.

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 420

989

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2077-15

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Hausanschrift: Platanenallee 6, 15738 Zeuthen
Briefpost: Platanenallee 6, 15738 Zeuthen
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags: Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron
DESY in Zeuthen.

f) Art und Umfang der Leistung:

Teilsanierung der zentralen Kalt- und Kühlwassererzeugung

- Umbau des Kaltwassersystems inkl. Demontage- und Montagearbeiten
- Einbau neuer Mess- und Regeltechnik
- 1 MW Kaltwassererzeugerleistung Neubau
- Rückbau bestehender Kältemaschinen (2 x 500 kW)

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: Entfällt

h) Losweise Vergabe:

Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

Baubeginn: 10 Tage nach Auftragseingang
Baufertigstellung: 19. Kalenderwoche 2016

j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2077-15:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist: Entfällt

m) Bei Teilnahmeantrag:

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 7. Januar 2016 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 8. Januar 2016 versendet.

n) Frist für den Eingang der Angebote:

Bis Mittwoch, den 13. Januar 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) Anschrift:

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2077-15

Angebotstermin: 13. Januar 2016,

Uhrzeit: 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) Sprache:

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Eröffnung:

Am Mittwoch, dem 13. Januar 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) Geforderte Sicherheiten:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) Zahlungsbedingungen:

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) Rechtsform einer Bietergemeinschaft:

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:

Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistel-

2036

Freitag, den 4. Dezember 2015

Amtl. Anz. Nr. 95

lungsbesccheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 17. Februar 2016

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 24. November 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 990

Öffentliche Ausschreibung

- a) HafenCity Hamburg GmbH
Osakaallee 11, 20457 Hamburg
Telefon: 040/37 47 26-0, Telefax: 040/37 47 26-26
E-Mail: info@hafencity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Kampfmittelsondierungen
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-2153481-001**
24.750 m Bohrlochsondierungen
- g) Entfällt
- h) Keine Lose.
- i) Beginn: 20. Januar 2016, Ende: 18. März 2016
- j) Nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 3. Dezember 2015 bis 18. Dezember 2015, 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr. **Der Versand der Unterlagen erfolgt ausschließlich digital.**
Anschrift: bjoern.liffers@hpc.ag
- l) Höhe des Kostenbeitrages: Entfällt
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 4. Januar 2016 um 11.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe Buchstabe a)
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 4. Januar 2016 um 11.00 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe a)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 22. Januar 2016 um 23.00 Uhr.

w) **Beschwerdestelle:**

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)

– RV – Vergaberecht,

zentrale Vergabeaufsicht und Zivilrecht

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

Hamburg, den 30. November 2015

HPC AG

991

Gläubigeraufruf

Der Verein **Hamburger Möbelfachverband e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 3888) mit Sitz in Hamburg hat auf seiner Mitgliederversammlung am 16. September 2015 seine Auflösung zum 30. September 2015 beschlossen. Zum Liquidator wurde Herr Rechtsanwalt Wolfgang Linnekogel, Bei dem Neuen Krahn 2, 20457 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, sich beim Liquidator des Vereins zur melden.

Hamburg, den 30. September 2015

Der Liquidator

992

Gläubigeraufruf

Der Verein **Förderverein für den Wiederaufbau Joseph-Carlebach-Platz e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 19887), c/o oneVest Developments GmbH, Große Bleichen 35, 20354 Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24. Juli 2015 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden Herr Andreas C. Wankum, Herr Michael Warmann sowie Herr Prof. Dr. Jakob Izbicki, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche unter der oben angegebenen Adresse bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 10. November 2015

Der Liquidator

993

Gläubigeraufruf

Der Verein **Fair Trade Harburg e.V.** ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei den Liquidatoren zu melden.

Hamburg, den 17. November 2015

Die Liquidatoren

994